

**Deutschland – Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung – Projektsteuerung /  
Programmsteuerung Referat 53.1  
OJ S 242/2024 12/12/2024  
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen**

---

1. Beschaffer

**1.1. Beschaffer**

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1

E-Mail: [abt5@rpf.bwl.de](mailto:abt5@rpf.bwl.de)

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Umweltschutz

---

2. Verfahren

**2.1. Verfahren**

Titel: Projektsteuerung / Programmsteuerung Referat 53.1

Beschreibung: Projektsteuerung / Programmmanagement für das Referat 53.1

Kennung des Verfahrens: c64383c2-53f6-431a-93f6-f43bb3304894

Interne Kennung: RPF\_53.1\_FR\_2024\_GFI1034\_8962-87\_PS/PM

Verfahrensart:

Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb  
/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

**2.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71500000 Dienstleistungen im Bauwesen, 71541000

Projektmanagement im Bauwesen, 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

**2.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1

Stadt: Freiburg

Postleitzahl: 79114

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

**2.1.4. Allgemeine Informationen**

Zusätzliche Informationen: A) Alle Fragen zum Verfahren werden ausschließlich digital in Textform über die Vergabeplattform angenommen. Eingegangene Fragen werden zentral beantwortet. Alle eingegangenen Fragen und die zugehörigen Antworten werden (anonym) über die Vergabeplattform allen Interessenten / Bie-tern zur Verfügung gestellt. Dadurch haben alle Interessenten / Bieter dieselben Informationen / Grundlagen für ihre Antragstellung / ihr Angebot. Auf anderem Weg eingehende Fragen werden nicht beantwortet, es wird immer auf den aufgezeigten Weg über die Vergabeplattform verwiesen. Interessenten / Bieter haben

sich selbstständig über den aktuellen Stand dieses Dokuments "Fragen und Antworten" zu informieren. Alle Fragen müssen bis spätestens Freitag, 03.01.2024 - 12:00 Uhr vorliegen, damit die rechtzeitige Beantwortung gewährleistet werden kann. Die letztmalige Aktualisierung dieses Dokuments ist für Dienstag, 07.01.2025 vorgesehen und wird entsprechend gekennzeichnet. B) Im Teilnahmeantrag und im Angebot muss der Namen der natürlichen Person angegeben werden, welche die Erklärungen im Auftrag des Bewerbers abgibt. Diese Person muss nachweislich berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen. Anträge / Angebote ohne diese Angabe werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. C) Im Vergabeverfahren haben alle Angaben der Bewerber / Bieter in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden. D) Die Antragsunterlagen / Angebote sind digital in Textform über die o.g. Vergabepattform einzureichen. E) Alle Antragsteller werden schriftlich über die Entscheidung zu ihrem Teilnahmeantrag informiert. Dies geschieht in der Regel innerhalb von 3 Wochen nach dem Termin für den spätestens Eingang des Antrags. F) Der Auftraggeber wird für die Bieter deren Angebot beauftragt werden sollen (ggf. also für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft, dritte Unternehmen (Eignungsleihe) und Unterauftragnehmer) spätestens vor Beauftragung einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister anfordern. G) Bisher wurden im noch laufenden Projekt gleichartige Leistungen erbracht, die der ausgeschriebenen Leistung entsprechen. Der bestehende Vertrag endet turnusgemäß im Frühjahr 2025, daher sind die Leistungen neu auszuschreiben. Die bisherigen Leistungen wurden erbracht durch - wat Ingenieursgesellschaft mbH, Kleinoberfeld 5; 76135 Karlsruhe. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden allen Interessenten auszugsweise anhand von beispielhaften Berichten und Auswertungen zu laufenden und abgeschlossener Projekte zur Verfügung gestellt. Damit wird die Vorbefasstheit des derzeitigen AN ausgeglichen. Das Büro wat wird nicht vom Vergabeverfahren ausgeschlossen, wird aber nicht zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren vorausgewählt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

#### **2.1.6. Ausschlussgründe**

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrugsbekämpfung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Falsche Angaben, verweigte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Entrichtung von Steuern:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0000

Titel: Projektsteuerung / Programmsteuerung Referat 53.1

Beschreibung: Das Referat 53.1 beim Regierungspräsidium Freiburg ist Teil des Landesbetriebs Gewässer und für Bauprojekte an den Gewässern erster Ordnung zuständig, für die das Land Ausbau- und Unterhaltungslastträger ist (mit Ausnahme des Oberrheins). Ein Tätigkeitsschwerpunkt liegt beim Hochwasserschutz. Vordringliche Aufgabe ist es, die landeseigenen Dämme im Regierungsbezirk Freiburg soweit erforderlich nach den Regeln der Technik entsprechend eines landesweiten Priorisierungsprogramms zu ertüchtigen. Auch die Verbesserung des Hochwasserschutzes durch technische Maßnahmen für die an den Gewässern erster Ordnung liegenden Städten und Gemeinden ist Aufgabe des Referates 53.1. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt ist die Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen zur Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die wesentlichen Instrumente der Programm- und Finanzsteuerung sind im Steuerungskonzept für Landesbetrieb Gewässer festgeschrieben. Die Höhe der bewirtschafteten Mittel lag in den Jahren 2020 bis 2023 im Rahmen zwischen 34,5 bis 44,1 Mio. €, im Durchschnitt, über den genannten Zeitraum, standen dem Referat 53.1 jährlich 41,2 Mio. € zur Verfügung. Die Vielzahl der Maßnahmen und der verschiedenen Finanzquellen mit z.T. erheblichem Dokumentationsaufwand erfordert sowohl eine Gesamtsteuerung der einzelnen Finanzierungsprogramme als auch eine einheitliche Steuerung der einzelnen Projekte. Diese Aufgabe wurde in den letzten Jahren von einem externen Projektsteuerer, der wat Ingenieurgesellschaft mbH, Karlsruhe wahrgenommen. Der aktuelle Vertrag läuft turnusgemäß im Frühjahr 2025 aus, weshalb die Leistungen neu auszuschreiben sind. Für die Landesbetriebe Gewässer werden sogenannte Teilbauprogramme (Dammertüchtigung, technischer Hochwasserschutz und Gewässerökologie) landesweit erstellt und priorisiert. Damit erhöht sich der Gesamtsteuerungsaufwand. Tendenziell vergrößert sich das zu bewirtschaftende Gesamtvolumen, bei gleichzeitig erhöhtem Termindruck (z.B. Zeitvorgaben zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, Abgabefristen Mittelplanungen). Um diesen Anforderungen gerecht zu werden und für eine effektive Maßnahmenumsetzung ist auch künftig eine externe Unterstützung des Landesbetriebes, Referat 53.1, durch eine externe Projektsteuerung erforderlich. Diese Leistungen sollen im Zuge der Ausschreibung vergeben werden. Der Tätigkeitsschwerpunkt der auszuschreibenden Leistung ist die Projektsteuerung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen für einen öffentlichen Auftraggeber. Der Umfang der voraussichtlichen Arbeitszeit bewegt sich in einem Bereich von 4000 bis 4800 Stunden pro Jahr, je nach Anzahl der Projekte und zur Verfügung stehender Mittel. In den einzelnen Aufgabenbereichen sind unter anderem die folgenden Einzelpunkte Teil der Beratung und Unterstützung. Diese sind in der Regel in der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Behörden und Akteuren zu erbringen: A) Programmsteuerung: A1 Kostenplanung und Finanzsteuerung im Rahmen der Teilbauprogramme; A2 Finanzzuweisungen (z.B. Mittel der Landesstudie Gewässerökologie) einschließlich Budgetüberwachung; A3 Unterstützung der Referatsleitung bei der Erstellung und Fortschreibung der Maßnahmenlisten gemäß Steuerungskonzept der Landesbetriebe Gewässer; A4 Bereithalten von aktuellen Finanzübersichten zu den Teilbauprogrammen und weiteren Investitionsmaßnahmen; A5 Verteilung des Gesamtbudgets auf Einzelprojekte sowie unterjährige Anpassungen

(Budgetverschiebungen) nach Maßgabe der Referatsleitung. / B) Projektsteuerung: B1 Termin- und Kostenüberwachung und -steuerung der einzelnen Projekte; B2 Vertragsmanagement; B3 Projektdokumentation; B4 Organisation Planergespräche, runde Tische, Jour-Fix Baumaßnahmen etc.; B5 Betreuung und Beratung im Ausschreibungs- und Vergabewesen insbesondere E-Vergabe, und Bearbeitung von Ausschreibungen auf Ausschreibungsplattform (derzeit AI-Manager); 6. Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit. / Die technische Projektsteuerung mit den Handlungsbereichen Qualitäten und Quantitäten (Anzahl der Projekte) verbleibt beim Regierungspräsidium Freiburg. Der weitere Inhalt der zu erbringenden Leistung wird in den konkreten Einzelbeauftragungen definiert werden. Dies wird auch zusammen mit dem AN festgelegt werden.

Interne Kennung: LOT-0000

#### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71500000 Dienstleistungen im Bauwesen, 71541000

Projektmanagement im Bauwesen, 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1

Stadt: Freiburg

Postleitzahl: 79114

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Datum des Beginns: 01/04/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2029

#### **5.1.5. Wert**

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 700 000,00 EUR

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen:

Der Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung: Nachfolgend geforderte Erklärungen sind in dem zur Verfügung stehenden

Teilnahmeantrag bzw. den zur Verfügung stehenden Formular für die Eigenerklärung zur

Eignung enthalten. A) Erklärung über die Rechtsform des Antragstellers, der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister sowie der Person des Antragstellers die den Antrag im Auftrag des Bewerbers abgibt. Die Person welche den Antrag / die Erklärungen abgibt muss berechtigt sein Rechtsgeschäfte für den Antragsteller zu tätigen. B) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung erklärt wird. Darin sind alle Mitglieder aufzuführen und der bevollmächtigte Vertreter ist zu benennen. Aus der Erklärung muss hervorgehen, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren ist (in der Regel) nicht zugelassen. Im Auftragsfall wird eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt. Vor Auftragserteilung wird dann ein Nachweis über die Rechtsform der Bewerbergemeinschaft und die gesamtschuldnerische Haftung verlangt. C) Es ist eine Erklärung vorzulegen (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB bestehen. D) Es ist eine Erklärung vorzulegen (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass keine Ausschlussgründe aufgrund eines Bezugs zu Russland bestehen. E) Es ist eine Erklärung vorzulegen (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass die Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbracht werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Die nachfolgend geforderten Erklärungen sind in dem zur Verfügung stehenden Teilnahmeantrag bzw. den zur Verfügung stehenden Formular für die Eigenerklärung enthalten. A) Verpflichtung zu einer Berufshaftpflichtversicherung bei Personenschäden und sonstige Schäden. Die Summen gelten je Schadensfall (zweifach maximiert). Bei Bewerber- / Bietergemeinschaften ist Erklärung aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung ausreichend. Ausschlusskriterium: Mindestens nachzuweisende Deckungssumme der Berufshaftpflichtversicherung: 1,5 Mio. EUR bei Personenschäden / 1,5 Mio. EUR für sonstige Schäden. B) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung erklärt wird. Die Bildung einer BiGe ist zu begründen. Es sind alle Mitglieder aufzuführen und der bevollmächtigte Vertreter ist zu benennen. Aus der Erklärung muss hervorgehen, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren ist nicht zugelassen. Es wird eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt. Vor Auftragserteilung wird deshalb ein Nachweis über die Rechtsform der Bewerbergemeinschaft und die gesamtschuldnerische Haftung verlangt. Bieter, die sowohl ein eigenes Angebot als auch ein Angebot als Teil einer Bietergemeinschaft abgeben, werden vom Verfahren ausgeschlossen, wenn nicht nachgewiesen werden kann, dass beide konkurrierenden Angebote unabhängig voneinander eingereicht wurden. Gleiches gilt, wenn ein Bieter in mehreren Bietergemeinschaften anbietet. C) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber den Auftrag mithilfe von Unterauftragnehmern erbringen möchte und, wenn ja, wie die Aufteilung der Leistungserbringung erfolgt. Dabei ist vom Bewerber zu begründen, warum Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen. Im späteren Verhandlungsverfahren (nicht im Teilnahmewettbewerb) ist durch eine Verpflichtungserklärung der Unterauftragnehmer nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen. D) Der

Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten, ob dritte Unternehmen auf Seiten des Antragstellers an der Ausführung beteiligt sein werden (Eignungsleihe). Dabei ist vom Bewerber zu begründen, warum eine Eignungsleihe erfolgen soll. Mit dem Antrag ist durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen und im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Eignungsleihe mithaften. E) Der Teilnahmeantrag muss eine Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt (für öffentliche Aufträge, welche vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden) enthalten. F) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung über den Jahresumsatz (brutto) des Bewerbers in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 2 Geschäftsjahre enthalten. Ausschlusskriterium: Geforderter durchschnittlicher Jahresumsatz in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 2 Geschäftsjahre mindestens: 756.000 €. G) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung über die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten des Bewerbers in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 2 Geschäftsjahre enthalten. Ausschlusskriterium: Geforderte durchschnittliche Anzahl von Beschäftigten in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 2 Jahre mindestens 4 Beschäftigte. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung: Die nachfolgend geforderten Erklärungen sind in dem zur Verfügung stehenden Teilnahmeantrag bzw. den zur Verfügung stehenden Formular für die Eigenerklärung enthalten und können dort als Eigenerklärung abgegeben werden: # A) Nachweis von Fachkräften, in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags. Mindestanforderung: Nachweis von 1 Fachkraft Ingenieur oder vergleichbares mit jeweils mindestens 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Gewässerentwicklung und Wasserbau # B) Nachweis von Führungskräften, in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags. Mindestanforderung: Nachweis von 1 Fachkraft mit mindestens 5-jähriger Berufserfahrung als Führungskraft für die Leitung des Projektteams. # D) Nachweis von erbrachten vergleichbaren Leistungen: Der Nachweis setzt sich aus den Angaben von jeweils (bis zu) 3 vergleichbare Leistungen aus den vergangenen 3 Jahren in folgenden Bereichen zusammen, die mit der genannten Gewichtung bewertet werden: A) Programmsteuerungsleistungen für einen öffentlichen Auftraggeber 30 % / B) Erarbeiten und Pflege von Prozessabläufen in Bezug auf die Programmsteuerung 30 %) / C) Projektsteuerung für öffentlichen Auftraggeber im baulichen Bereich 15 % / D) Projektsteuerung für öffentlichen Auftraggeber im Bereich Wasserbau an Fließgewässern 15 % / E) Kostensteuerung und Kostenkontrolle 10 %. Grundbedingungen für alle genannten Projekte sind: Die Fertigstellung des Projekts war in den vergangenen 3 Jahren; Bei noch laufenden Projekten müssen mindestens 75 % der beauftragten Leistung erbracht sein; die ausschreibende Stelle behält sich vor die Angaben beim Auftraggeber zu überprüfen - können die vom Antragsteller gemachten Angaben vom damaligen Auftraggeber auf Nachfrage inhaltlich nicht bestätigt werden kann der Antragsteller vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden; bei Bewerbergemeinschaften dürfen die Referenzen nur von den Teilnehmern der Bewerbergemeinschaften genannt werden, welche für die Erbringung der (Teil-) Leistung vorgesehen sind; jedes abgefragte Thema wird gesondert bewertet. Ein Projekt, welches die Anforderungen des Themas erfüllt, darf genannt werden. Somit dürfen Projekte im Antrag unter verschiedenen Themen mehrfach genannt werden. / Die Angaben eines jeden Antragstellers zu den benannten Kriterien werden mit einer Punktzahl zwischen 0 und 3 bewertet. Dabei werden nur ganze Punkte vergeben. Diese sind folgender Systematik zugeordnet: 3 Punkte: Kriterium bestmöglich erfüllt; 2 Punkte: Kriterium durchschnittlich erfüllt;

1 Punkt: Kriterium erfüllt; 0 Punkte: Kriterium nicht erfüllt oder keine Angaben zum Kriterium. Die beschriebene Vorgehensweise kann auch auf dem Prüf- und Bewertungsbogen verfolgt werden. / Entsprechend der genannten Gewichtung können maximal 100 Punkte erreicht werden. Die für einen Bewerber ermittelte Punktzahl ist das Kriterium für die Auswahl von Teilnehmern am Verhandlungsverfahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

#### **5.1.10. Zuschlagskriterien**

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bewertung Projektleitung / stellvertretende Projektleitung

Beschreibung: Bewertet werden Erfahrungen und Kompetenzen des vorgesehenen Projektleiters sowie des vorgesehenen Stellvertreters hinsichtlich der anstehenden Aufgabe. Der Projektleitung obliegt die Wahl der beabsichtigten Vorgehensweise und dabei insbesondere der Organisation des Bearbeitungsteams zur Erbringung der gefragten Leistung. Dies Aspekte zur Leitung eines Projektteams sollen anhand eines umgesetzten vergleichbaren Projekts und der dabei gemachten Erfahrungen dargestellt werden. Zur Projektorganisation gehören auch die Kapazitäten, Vertretungsregelungen und damit die Gewährleistung der Verfügbarkeit der benötigten Mitarbeiter, sowie die Qualitätssicherung der Bearbeitungsergebnisse in diesem Fall.

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bewertung Projektumsetzung / Herangehensweise

Beschreibung: Bewertet wird die vorgesehene Herangehensweise an die Bearbeitung, bei der verschiedenste Aspekte berücksichtigt werden müssen. Die beabsichtigte Herangehensweise soll anhand eines umgesetzten vergleichbaren Projekts dargestellt werden.

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bewertung Projektteam

Beschreibung: Bewertet werden die Qualifikationen und Erfahrungen der wesentlichen Projektbearbeiter im Hinblick auf die fachliche Umsetzung der Aufgabe. Dies soll anhand umgesetzter vergleichbarer Projekte dargestellt werden.

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Gesamteindruck

Beschreibung: Bewertet wird, wie sich das vorgesehene Team in seiner Gesamtheit im Hinblick auf die Anforderungen der Aufgabe (hier: der Ausschreibung), den Vorgaben und dem Projektziel des AG präsentiert hat. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Bieter, der sich bei der Vorstellung seines Angebots und damit auch seiner beabsichtigten Vorgehensweise, sich auch bei der eigentlichen Bearbeitung des Auftrags so verhält.  
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Für die Angebotswertung wird der Preis (in EUR, brutto) der geprüften und zugelassenen Angebote je Los wie folgt in eine Punkteskala von 0 bis 5 Punkten normiert: 5 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis; 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot welches um eine Spanne von X % des niedrigsten Preises vom niedrigsten Angebot abweicht; alle Angebote mit darüber liegenden Preisen erhalten ebenfalls 0 Punkte. Die Punktermittlung für die dazwischenliegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma gemäß folgender Formel:  $= (1 - (\text{Wertungssumme des jeweiligen Bieters} - \text{niedrigste Wertungssumme}) / \text{Spanne}) \times P_{\text{max}}$ .  $P_{\text{max}}$  ist die maximal erreichbare Punktzahl (hier gewählt mit 5 Punkten). Für dieses Verfahren ist eine Spanne von X = 40 % festgelegt.

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30

#### 5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe24.de/vergabeunterlagen/54321-Tender-193b4ebd048-5184fd27cd8a3c54>

#### 5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 30/01/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/01/2025 09:00:00 (UTC+1)

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 2 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Vergleiche Ausschreibungsunterlagen

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: A) Die Sprache im Projekt ist Deutsch. Dies muss vom Auftragnehmer über den gesamten Verlauf der Bearbeitung für die Kommunikation



mit dem AG und allen weiteren Beteiligten gewährleistet werden. / B) Allgemeine Vertragsbestimmungen für Leistungen - VOL B / C) Allgemeine Vertragsbestimmungen für Architekten-/Ingenieurleistungen - AVB (Boorberg Verlag 03/2021). / D) Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) - BVB Mindestentgelt - HKVM, Boorberg Verlag 2020 / E) Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung / F) Auftragsverarbeitungsvertrag nach Datenschutz-Grundverordnung - Muster

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig  
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein  
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auszug aus: "Allgemeine Hinweise zur Anrufung der Vergabekammer" der Vergabekammer .Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe, 76247 Karlsruhe vom 16.02.2024: "".. 2. Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf schriftlichen Antrag hin ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten durch Nichtbeachten von Vergabevorschriften geltend macht. Der Antrag ist gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1-3 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen und in der Regel vor Anrufung der Kammer gerügt hat bzw., wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe /Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Antrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). / 3. Der Nachprüfungsantrag soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Er ist unverzüglich zu begründen (§ 161 Abs. 1 GWB). Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners mit Anschrift, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten. Es ist auch darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht (§ 161 Abs. 1 und 2 i. V. m. § 97 Abs. 6 GWB) und dass gegenüber dem Auftraggeber ordnungsgemäß gerügt wurde (§ 160 Abs. 3 GWB). Die sonstigen Beteiligten sollen, soweit bekannt, benannt werden (§ 161 Abs. 2 GBW). / 4. Einen bereits erteilten Zuschlag kann die Kammer nicht wieder aufheben (§ 168 Abs. 2 GWB). Allerdings kann ein Zuschlag bzw. Vertrag unwirksam und damit ein Nachprüfungsverfahren zulässig sein, wenn ein förmliches Vergabeverfahren gar nicht durchgeführt wurde oder der Auftraggeber die Bieter oder Bewerber, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, vor Auftragserteilung hiervon nicht informiert hat. Einzelheiten hierzu, auch zu Fristen und Inhalt der Information finden sich in den §§ 134, 135 GWB. In der Regel darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information bzw. 10 Kalendertage bei Versand auf elektronischem Wege geschlossen werden. / 5. Die Durchführung des Verfahrens löst nach § 182 GWB Gebühren aus, die in der Regel mindestens 2.500 € und höchstens 50.000 € betragen. Voraussetzung für eine Verfahrenseinleitung ist die Zahlung eines Vorschusses von mindestens 2.500,00 €. Soweit ein Verfahrensbeteiligter unterliegt, hat er die Kosten einschließlich der gegnerischen notwendigen Aufwendungen und ggf. die Kosten der Beigeladenen zu tragen. Hierzu können auch Rechtsanwaltskosten zählen, wenn die Beiziehung eines Bevollmächtigten notwendig war. / 6. Die Partei, die unterliegt, kann mit der sofortigen Beschwerde das Oberlandesgericht Karlsruhe anrufen (§ 171 Abs. 3 GWB). Die Beteiligten müssen sich dort grundsätzlich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen (§ 172 Abs. 3 GWB)."

#### 5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung: Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der teilnehmenden Personen: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

#### 5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Regierungspräsidium Freiburg, Referat 51

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, Landesbetrieb Gewässer, Referat 53.1

Registrierungsnummer: 08-A4519-76

Postanschrift: Bissierstr. 7

Stadt: Freiburg

Postleitzahl: 79114

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

E-Mail: [abt5@rpf.bwl.de](mailto:abt5@rpf.bwl.de)

Telefon: 07612080

Fax: 07612084399

Profil des Erwerbers: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

### 8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: x08-A9866-40

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Telefon: +497219268730

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-7005**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Telefon: +497219268730

**Rollen dieser Organisation:**

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

**8.1. ORG-7006**

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Freiburg, Referat 51

Registrierungsnummer: x08-A4519-76

Stadt: Freiburg

Postleitzahl: 79114

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

E-Mail: [abt5@rpf.bwl.de](mailto:abt5@rpf.bwl.de)

Telefon: 07612080

**Rollen dieser Organisation:**

Schlichtungsstelle

**8.1. ORG-7007**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

---

## 11. Informationen zur Bekanntmachung

### 11.1. Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 32e6bceb-5ed4-4425-af59-875545883d8a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/12/2024 13:39:14 (UTC+1)

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

## **11.2. Informationen zur Veröffentlichung**

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 759298-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 242/2024

Datum der Veröffentlichung: 12/12/2024